

Hängepartie um Ceta trifft WPD



Der kanadische Windpark "White Pine" ist fast fertig errichtet und soll nun wieder abgerissen werden. (Foto: Senvion)

Der kanadische Windpark "White Pine" ist fast fertig errichtet und soll nun wieder abgerissen werden. (Foto: Senvion)

Berlin (energate) - Der Bremer Projektentwickler WPD bekommt die Verzögerungen beim Freihandelsabkommen "CETA" zwischen der EU und Kanada unmittelbar zu spüren. Die neue, konservative Regierung der kanadischen Provinz Ontario will neben vielen anderen Ökostromprojekten auch einen fast fertigen Windpark von WPD stornieren, ohne dass das Unternehmen auf die Investorenschutzklausel im Freihandelsabkommen pochen kann. Ceta ist zwar seit Ende 2017 in Kraft, bislang aber noch nicht ratifiziert. Dafür müssten sämtliche nationalen EU-Parlamente zustimmen. Der Bundestag stimmte im Juni gegen eine beschleunigte Ratifizierung. Man wolle zunächst abwarten, so ist zu hören, wie sich andere Staaten dazu positionieren. Mit Ceta könnte WPD vor einem internationalen Schiedsgericht klagen, ähnlich wie es etwa Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg getan hat.

Neue Regierung storniert 758 Projekte

Bei den Wahlen in Ontario Anfang Juni holte die konservative Partei die absolute Mehrheit. Sie verdrängte die Liberalen, die 15 Jahre lang regierten und die Provinz zum Vorreiter für erneuerbare Energien entwickelten. Als zwei der ersten Amtshandlungen kündigte die neue Regierung an, die CO₂-Besteuerung zu beenden und die Planungen für den umstrittenen Windpark "White Pine" von WPD zu stornieren. Der Windpark mit knapp 20 MW Leistung ist im Bau und soll im September fertig sein. Anschließend veröffentlichte das Energieministerium der Provinz einen entsprechenden Gesetzentwurf und eine Liste mit 758 Ökostrom-Vorhaben jeglicher Couleur, denen ebenfalls die Genehmigung entzogen und die Förderverträge gekündigt werden sollen. Schon errichtete Anlagen sollen die Eigentümer zurückbauen.

Das Ministerium spricht in seiner Mitteilung von unnötigen und sinnlosen beziehungsweise verschwenderischen Projekten. Sie alle hätten Meilensteine bei der Realisierung noch nicht erreicht. Mit der Kündigung der Verträge will das Ministerium 790 Mio. kanadische Dollar sparen und die Stromrechnung der Verbraucher um zwölf Cent entlasten. Der Gesetzentwurf gewährt den betroffenen Unternehmen zwar eine Entschädigung für die bereits getätigten Investitionen. Entgangene Erlöse wird die neue Regierung aber nicht kompensieren. Um das einzufordern, bräuchte es das Freihandelsabkommen.

WPD-Vorstand: "Es ist unfassbar"

WPD reagierte entsetzt auf die Regierungspläne. "Es ist unfassbar und weltweit einmalig, dass ein fast fertiger Windpark aus politischen Gründen wieder abgerissen werden soll", erklärte Vorstand Hartmut Brösamle. "Das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und in die Investitionssicherheit in Ontario würde mit Füßen getreten, sollte sich der abrupte Abbruch des

Windparkprojekts bestätigen", warnte er. Rechtmäßig erteilte und bestandskräftige Genehmigungen müssten auch bei einem Regierungswechsel Bestand haben. Ein Baustopp hätte für alle Beteiligten massive wirtschaftliche Folgen, auch für Hersteller Senvion und die Banken. WPD rechnet mit Kompensationszahlungen von bis zu 100 Mio. kanadischen Dollar. Die Bauarbeiten würden fortgeführt, in der Hoffnung auf ein Einlenken der Politik. /sh